



Die Bundesbehörden der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Menschenrechtsdialog zwischen der Schweiz und China

Bern, 28.11.2013 - Vom 25. bis 27. November 2013 haben die Schweiz und China in Peking die 12. Runde des Menschenrechtsdialogs durchgeführt. Schwerpunktthemen der Gespräche, die in einem offenen und konstruktiven Klima verliefen, bildeten das Justiz- und Strafvollzugssystem, internationale Menschenrechtsmechanismen, Menschenrechte in der Wirtschaft sowie die Minderheitenrechte. Ebenfalls diskutiert wurden die technische Zusammenarbeit zur Förderung der Menschenrechte und konkrete Projekte.

Ziel des Menschenrechtsdialogs, den die Schweiz und China seit 1991 führen, sind die nachhaltige Verbesserung des Schutzes der Menschenrechte, die Stärkung des Rechtsstaats sowie nicht zuletzt die Intensivierung der gesamthaften bilateralen Beziehungen. Der vertrauliche Rahmen des Menschenrechtsdialogs erlaubt einen offenen, kritischen und konstruktiven Austausch auch in sensiblen Fragen.

Gesprächsthemen waren insbesondere die Stärkung des Rechtsstaats, das Justiz- und Strafvollzugssystem, die Todesstrafe, der Status von Minderheiten in der Schweiz und in China sowie die Religionsfreiheit. Erörtert wurden ausserdem das Engagement beider Länder im Menschenrechtsrat und die im Rahmen des Menschenrechtsrats regelmässig durchgeführte universelle Überprüfung sowie Wirtschaft und Menschenrechte. Auch die von China am vergangenen 12. November angekündigten Reformpläne waren Thema der Gespräche. Zudem einigten sich die Parteien darauf, laufende Projekte zur Förderung der Menschenrechte, wie etwa den Austausch von Strafvollzugsexperten, fortzusetzen und die Diskussion über Menschenrechte in der Wirtschaft zu vertiefen.

Neben der eigentlichen Dialogrunde am 25. November fanden am 26. und 27. November Treffen mit verschiedenen Regierungs- und Nichtregierungsstellen statt. Dazu gehörten unter anderem Vertreter des obersten Volksgerichtshofs, des staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten, des chinesischen Anwaltsverbands oder der Akademie für Sozialwissenschaften sowie Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft. Diese individuellen Treffen ermöglichten einen vertieften Austausch über spezifische Themen und stärkten damit den Menschenrechtsdialog.

Die chinesische Delegation setzte sich aus Vertreterinnen und Vertretern des Aussenministeriums und weiterer Regierungsstellen in den Bereichen Justiz, öffentliche Sicherheit, Wirtschaft, Minderheiten und Religionen zusammen. Die schweizerische Delegation, die vom Botschafter für menschenrechtspolitische Fragen, Paul Koller, geleitet wurde, bestand aus Vertreterinnen und Vertretern des EDA, EJPD, EDI und WBF sowie einem externen Strafvollzugsexperten.

Adresse für Rückfragen:

Information EDA
Bundeshaus West
CH-3003 Bern
Tel.: +41 (0)31 322 31 53
Fax: +41 (0)31 324 90 47
E-Mail: info@eda.admin.ch

Herausgeber:

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
Internet: <http://www.eda.admin.ch/eda/de/home/recent/media.html>⁽¹⁾

Alle Links dieser Seite(n)

1. <http://www.eda.admin.ch/eda/de/home/recent/media.html>